

Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (SPD)



Ausgabe 1/2022, #29



WIR IN
EUROPA

Stoppt den Krieg!

In Europa ist Krieg. Was noch bis vor einigen wenigen Wochen unvorstellbar schien, ist Realität. Ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen, ist im Gang. Kriegsverbrechen wie die Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser und Krankenhäuser zeigen die ganze Abscheulichkeit des russischen Vorgehens.

Die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, eines alles vernichtenden Weltkriegs, ist so nah wie nie zuvor seit 1945. Und selbst wenn es gelingt, das schlimmste Szenario zu verhindern, ist zu befürchten, dass sich die EU und ihr nahe stehende Staaten jeweils hochgerüstet und immer bis zum äußersten angespannt, und Russland, das möglicherweise von China unterstützt wird, gegenüberstehen. Ein Kalter Krieg, der immer an der Grenze zum Heißen Krieg steht. Das kann niemand wollen!

Seit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts ist es dem Westen nicht gelungen, Russland in eine europäische Sicherheitsarchitektur und ein System gemeinsamer Sicherheit einzuordnen. Die Ausweitung der NATO hat zu dieser Entwicklung beigetragen und den Eindruck der Missachtung russischer Sicherheitsinteressen aufrechterhalten. Zugleich stellt sich angesichts einer in den letzten Jahren immer aggressiveren russischen Politik die Frage nach den Sicherheitsinteressen von Russlands Nachbarstaaten. Kurzfristig wird es darauf ankommen, einen Waffenstillstand zu erreichen, die Logik des Militärischen zu überwinden und die Achtung des Völkerrechts in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit einem neuen atomaren und konventionellen Rüstungswettlauf werden wir uns nicht abfinden. Die Bundeswehr muss als Teil europäischer Sicherheitspolitik ihre Verteidigungsaufgaben wahrnehmen können. Die verkündeten Aufrüstungsmaßnahmen wie die 100 Milliarden Euro Sondervermögen und die Erhöhung der Militärausgaben über die Schwelle von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aber sind abzulehnen. Deutschland würde damit in der EU der Staat mit den höchsten Rüstungsausgaben, weltweit mit den dritthöchsten.



Deutschland würde allein mehr für Rüstung ausgeben als Russland. Dabei gibt die NATO schon jetzt 15-mal so viel für Rüstung aus wie Moskau.

Darüber hinaus ist klar, dass diese enormen Rüstungsausgaben in Konkurrenz zu den dringenden Aufgaben der Bekämpfung des Klimawandels und der Pandemie sowie der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegung und der sozialen Ungleichheit in der Welt stehen würden.

Es dürfen keine weiteren Waffenlieferungen erfolgen. Die NATO darf nicht Kriegspartei werden. Der Boykott der Energielieferungen aus Russland wäre falsch. Er würde Putin nicht davon abhalten, den Krieg fortzusetzen und wäre nicht kriegsentscheidend. Klar ist, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien beschleunigt werden muss, um von russischen Lieferungen fossiler Brennstoffe unabhängig zu werden.

Die Angst vor einem Dritten Weltkrieg und der Wunsch nach Frieden treibt die Menschen in vielen Ländern auf die Straße. Hunderttausende drücken so ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine aus und verdeutlichen ihre Ablehnung von Krieg und Gewalt. Die Diplomatie muss eine neue Chance bekommen, die Waffen müssen schweigen!

Text: Prof. Dr. Dietmar Köster

Bild: Dr. Sonja Grabowsky

Der Kampf der iranischen Frauen

„Keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte“, forderte die sozialistisch-kommunistische Politikerin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin 1910 während der Frauenkonferenz der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen. Einhundert Frauen aus siebzehn Ländern stimmten dem Vorschlag der deutschen Delegation zu, einen Tag für den Kampf für Frauenrechte und für das Frauenwahlrecht zu etablieren. Der Frauenkongress forderte die gleichen Rechte wie Männer im Arbeitsleben, das Wahlrecht für Frauen und die politische Teilhabe.

Im Rahmen des „Internationalen Frauenjahrs“ 1975 wurde das Datum, der 8. März, von den Vereinten Nationen zum „International Women's Day“ erklärt. Dieser erinnert an einen heute längst vergessenen Streik russischer Frauen am 8. März 1917. Infolge des Ersten Weltkriegs brach im zaristischen Russland eine Hungersnot aus. Unter dem Motto „Für Brot und Frieden“ streikten Frauen des Petrograder Rüstungsunternehmens Putilow. Seit 1977 wird der Internationale Weltfrauentag weltweit zelebriert.

Nur zwei Jahre später verloren die Frauen im Iran einen Großteil ihrer erkämpften Rechte – bis auf das Wahlrecht – wieder. In Erwartung eines besseren Lebens hatten viele Frauen die Revolution unterstützt. Chomeini versprach den Iraner*innen, was sie sich wünschten – angefangen von Autonomie für die Kurd*innen bis hin zu gratis Strom und Benzin. Revolutionsführer Ajatollah Chomeini setzte das moderne Familiengesetz, das die Gleichstellung von Frau und Mann garantierte, ab und setzte die Scharia ein. Das dort beinhaltete Ehe- und Familienrecht privilegiert die Männer, wohingegen die Frauen einen männlichen Vormund benötigen.

Seither kämpfen fünf Generationen von Frauen um die Rückgewinnung und Ausweitung ihrer Rechte. Eine von ihnen ist die Menschenrechtsaktivistin Atena Daemi. Seit Oktober 2014 befand sie sich in Haft, da sie sich gegen die Todesstrafe im Iran und für die Bewahrung von Kinderrechten einsetzte. Der Grund ihrer Verhaftung war die Teilnahme an friedlichen Demonstrationen zur Unterstützung der Kinder von Kobane in Syrien. 86 Tage in Folge wurde Atena verhört und anschließend wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“, „Beleidigung des Obersten Führers des Iran“ und „Blasphemie“ angeklagt, ehe sie am 21. Mai 2015 zu vierzehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Atena durfte die Haft nach einer Kautionszahlung wieder verlassen, nur um nach wenigen Monaten erneut inhaftiert zu werden. Immer wieder wehrte sie sich gegen die Haftbedingungen, sodass sie 2019 zu einer weiteren Haftstrafe wegen „Beleidigung des Höchsten Führers“ verurteilt wurde. In der Nacht des 11. Februar 2020, dem Jahrestag der Islamischen Revolution von 1979 im Iran, soll die Menschenrechtsaktivistin in Haft regierungsfeindliche Parolen gesungen haben, sodass sie zu zwei weiteren Jahren Gefängnis und 74 Peitschenhieben verurteilt wurde. International wuchs der Druck auf das Regime, sodass Atena Ende Januar 2022 aus der Haft entlassen wurde.



Text: Katharina Schuler
Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Bundestag für den Bereich Arbeit und Soziales und Doktorandin der Medizingeschichte an der Heinrich-Heine-Universität mit dem Forschungsschwerpunkt Epidemiologie und Migration.

Neues aus dem Europaparlament

Am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar gedachte das Europäische Parlament (EP) der Opfer der Shoa. Ehrengast war die Shoa-Überlebende Margot Friedländer. Sie warnte vor wachsender Geschichtsvergessenheit und Gefahren für die Demokratie.

Gemeinsam mit Kolleg*innen aus dem Menschenrechtsausschuss reiste Dietmar im Februar in die Türkei. Auf den Treffen mit Politiker*innen, NGOs und Journalist*innen wurden u.a. Menschenrechte, die Frage der Unabhängigkeit der Justiz sowie Migrationskooperation thematisiert.

Auf einer Sondersitzung verurteilte das EP am 1. März Putins Angriff auf die Ukraine. Obwohl die Resolution einige Punkte enthält, die in Richtung EU als Militärunion weisen, stimmte Dietmar zu. Es war wichtig, ein sofortiges Kriegsende und Sanktionen gegen Putin zu fordern.

Internationaler Frauentag am 8. März: Weibliche Abgeordnete sind mit 39,3% im EP unterrepräsentiert. Die Geschlechterverhältnisse, insbesondere die Repräsentation von transgeschlechtlichen Personen und Queers, müssen sich dringend ändern.

Text: Dr. Sonja Grabowsky



Über die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze

Wir packen's an! Nothilfe für Geflüchtete

Lieber Axel, wie ist die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze?

Im Schatten des Krieges in der Ukraine hat sich die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze sogar verschlimmert. Dadurch, dass sich die Anzahl der polnischen Soldat*innen an der Grenze zu Belarus massiv erhöht hat, gibt es eine Militarisierung der gesamten Grenzregion, unter der besonders die Menschen auf der Flucht leiden. Die Pushbacks, das heißt die illegalen und oft gewaltsamen Rückweisungen, haben stark zugenommen. Gleichzeitig ist der Zugang für Helfer*innen noch stärker eingeschränkt. Am schlimmsten ist jedoch, dass sich in der Öffentlichkeit, in Medien, Politik und Zivilgesellschaft, niemand mehr dafür interessiert. Die Unterteilung in gute, willkommene Geflüchtete und unwillkommene Geflüchtete hat für die Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze existenzielle Konsequenzen.

Im Dezember letzten Jahres habt ihr die Geflüchtete Marwa gerettet. Wie geht es ihr?

Seit Weihnachten ist sie in Sicherheit im Hunsrück, zum ersten Mal seit sieben Jahren zusammen mit ihrer Familie. Die gesundheitlichen Strapazen ihrer Flucht, besonders von der furchterlichen Zeit im polnisch-belarussischen Grenzgebiet, und der lange Krankenhausaufenthalt in Polen sind ihr noch immer anzusehen. Doch so ganz langsam wird die mutige junge Frau wieder sichtbar, die sich auf den vermeintlich sicheren Weg aus Syrien nach Belarus gemacht hatte, um endlich wieder bei ihrer Familie zu sein. Es ist allerdings bitter, dass so viel Mobilisierung und politischer Druck nötig waren, um eine einzige schwerkranke junge Frau in Sicherheit zu bringen. Das wäre ohne die Unterstützung von einzelnen engagierten Politiker*innen wie Dietmar Köster nicht möglich gewesen.

Was kann die Europäische Union dagegen unternehmen?

Im Angesicht der Menschen, die aus der Ukraine vor russischen Bomben fliehen müssen, konnte die EU sich sehr schnell auf ein gemeinsames Vorgehen zu ihrem Schutz verständigen. Warum tut sie nicht das Gleiche für Menschen, die aus Syrien vor russischen Bomben fliehen müssen, oder aus Afghanistan vor der Herrschaft der Taliban? Von der polnisch-ukrainischen Grenze werden Geflüchtete mit Bussen und Zügen kostenlos in Sicherheit gebracht. Nur ein kleines bisschen weiter nördlich, an der gleichen EU-Außengrenze, werden Menschen, die ebenfalls auf der Flucht vor Krieg und Unterdrückung sind, gewaltsam und illegal „gepushbackt“. Dagegen sollte die EU etwas unternehmen, wenn sie ihren Anspruch der europäischen Werte ernst nimmt.



Axel Grafmanns, geschäftsführender Vorstand bei dem Verein Wir packen's an - Nothilfe für Geflüchtete

Interviewer: David Isken

Die ungekürzte Version kann auf der Homepage abgerufen werden.

Aus der Betreuungsregion



In den ersten Wochen des Jahres 2022 befassten sich die meisten Veranstaltungen mit Dietmar in der Betreuungsregion thematisch mit Europäischer Friedens- und Außenpolitik. Der nun ausgebrochene Angriffskrieg Putins in der Ukraine zeigt schmerzhaft, wie wichtig es ist, Krieg um jeden Preis zu verhindern. In vielen Orten werden Demos, Mahnwachen, Vorbereitungen für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine und vieles mehr organisiert. Gut, dass sich so viele Menschen für die Menschen in der Ukraine einsetzen und sich solidarisch erklären! Dietmar

steht selbstverständlich engagiert an ihrer Seite. Er nimmt an zahlreichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der Betreuungsregion teil, zuletzt auf einer Kundgebung in Hattingen.

Die schrecklichen Berichte und Bilder vom Russland-Ukraine-Krieg führen uns allen unmittelbar vor Augen, wie entsetzlich menschenverachtend und leidbringend der Krieg ist. Wieder einmal fühlt Dietmar sich darin bestärkt, weiterhin für eine menschenrechtsfundierte Außen- und Friedenspolitik zu kämpfen.

Text: Ulla Große-Ruyken

Babyn Yar, mitten in Kyjiw, 25. Januar 2022

Anlässlich des internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar reiste Dietmar auf Einladung der European Jewish Association (EJA) nach Babyn Yar. Bis 1943 wurden in der Schlucht nahe Kyjiw ca. 100.000 Jüd*innen, Roma, angebliche Partisanen, Menschen aus Psychiatrien und andere ermordet. Hier erschossen am 29. und 30.

September 1941 deutsche SS- und Polizeieinheiten und Wehrmachtssoldaten mindestens 33.771 Jüdinnen und Juden. Die Mörder beschwerten sich darüber, dass ihr Tee während der Erschießungen keinen Wodka enthielt. Am 1. März 2022 wurde das Gelände von einer russischen Rakete getroffen. Die Mahnmale und die Massengräber wurden verschont. Bis jetzt.



Das Mahnmal erinnert an Tausende ermordete Kinder.



Die Kristallwand der Klage ist eine symbolische Erweiterung der Ostwand des Tempels von Jerusalem.



Die Säulen wurden mit Kugeln desselben Kalibers beschossen, wie die, die für die Erschießungen benutzt wurden.

Text und Bilder: Dr. Sonja Grabowsky

Krise in Bosnien und Herzegowina

Die EU muss handeln!

In Bosnien und Herzegowina (BiH) wird von verschiedenen Seiten an der Zerstörung der staatlichen Integrität gearbeitet: das bosnisch-serbische Präsidentschaftsmitglied Milorad Dodik und die ihn unterstützenden Kräfte boykottieren die gesamtstaatlichen Institutionen und arbeiten gezielt an der verfassungswidrigen Übertragung von Zuständigkeiten und Institutionen an die Teilentität Republika Srpska (RS). Die Ankündigung, sich aus diesen gesamtstaatlichen Institutionen zurückzuziehen und in der RS eigene Strukturen zu etablieren, ist ein erpresserisch angekündigter Staatsstreich zur Zerschlagung des Landes.

Parallel wird in BiH erneut über das Wahlrecht verhandelt. Dabei trägt die ethnonationalistische Partei HDZ ihre Forderungen mit dem Konstrukt angeblich fehlender „legitimer Repräsentation“ vor. Es ist höchste Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihre stabilisierende Politik beendet. Milorad Dodik und sein Umfeld dürfen mit ihren politischen Erpressungen nicht erneut

durchkommen, sie sollten persönlich sanktioniert werden, politisch und finanziell. Zugleich muss die Praxis, die dringend notwendigen politischen Reformen mit den ethnonationalistischen Parteiführern, die an Veränderungen keinerlei Interesse haben, auszuhandeln, beendet werden. So stützen die derzeitigen Wahlrechtsverhandlungen, in denen die HDZ eine wichtige Rolle spielt, die ethnische Stabokratie im Land, statt sie aufzubrechen. Der HDZ geht es nicht um die gleichen Rechte aller Staatsbürger*innen, sondern um Sonder- und Kollektivrechte der als „kroatisch“ definierten Bevölkerungsteile. Die weitere ethnische Versäulung des undemokratischen Wahlrechts würde zu zusätzlichen Trennungen führen und ist für jeden demokratischen Verfassungsstaat inakzeptabel.



Text: Peter Hurrelbrink, Büroleiter der FES Sarajevo. Die ungekürzte Version kann auf der Homepage abgerufen werden.



Impressum
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(V.i.S.d.P.):
Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP
c/o: Europabüro Dietmar Köster
Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)

Redaktion: Dr. Sonja Grabowsky, Lisa Storck
Layout: Lisa Storck
Auflage: 2.000
Alle Rechte des Europatelegramms, mit Ausnahme der gekennzeichneten Inhalte, liegen bei Dietmar Köster, MdEP.

